

2016 – Ein Zwischenbericht

Liebe Freundinnen und Freunde,
etwas mehr als zwei Jahre ist es nun her, dass die Große Koalition ihre Arbeit aufgenommen hat. Wir haben also gefühlte Halbzeit dieser Legislaturperiode. Zeit auch für mich persönlich eine Zwischenbilanz meiner Arbeit für Euch im Deutschen Bundestag zu ziehen.

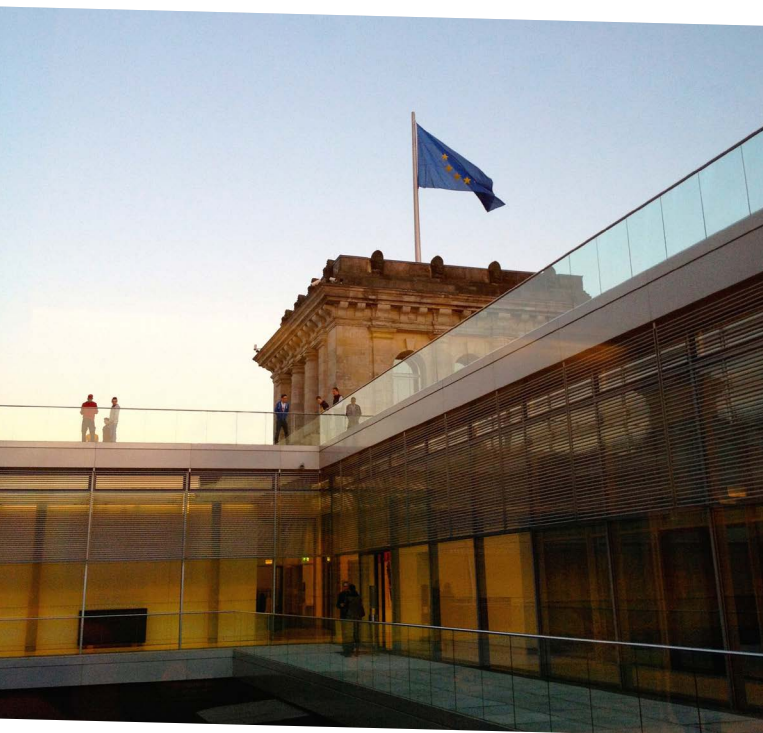
Aus den Gesprächen mit Euch in Bayern und auch mit Gästen aus meinen Besuchergruppen weiß ich, dass viele sich die Arbeit der Abgeordneten gar nicht so richtig vorstellen können. Deshalb möchte ich die Gelegenheit nutzen und Euch einen Einblick in meine Arbeit in Berlin geben.

Auf [meiner Seite](#) und der [Homepage der Grünen Bundestagsfraktion](#) könnt Ihr jederzeit nachlesen, was gerade thematisch läuft und an welchen parlamentarischen Initiativen wir aktuell arbeiten.

Ich möchte mich gern weiterhin eng mit Euch austauschen und freue mich auch in diesem Jahr über Eure Anregungen und Impulse. Und jetzt wünsche ich Euch viel Spaß beim Lesen.



Beate Walter-Rosenheimer, MdB
Sprecherin für Jugendpolitik und
Ausbildung der Bundestagsfraktion
Mitglied im Ausschuss für Bildung,
Forschung und Technikfolgenabschätzung
Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Mitglied der Kinderkommission
Mitglied des Parlamentarischen Beirats
für nachhaltige Entwicklung



Berlin... Du bist so wunderbar...

Was mache ich genau in Berlin? In den Sitzungswochen herrscht meist ein straffer Zeitplan. Arbeitsgruppen, Arbeitskreise, Ausschuss- und Fraktions-sitzungen und die Debatten im Plenum – da bleibt meist keine freie Minute. Darüber hinaus spreche ich mit verschiedenen Akteur*innen und Verbändevertreter*innen, aber auch mit Vereinen und anderen Gruppierungen. Das ist mir wichtig, um im Austausch mit Menschen herauszufinden, wo politischer Handlungsbedarf besteht und welche Themen dringend angepackt werden müssen. Um uns für die politische Arbeit zusätzlichen Input von außen zu holen, veranstalten wir auch Fachgespräche und Tagungen und laden Expert*innen zu fachpolitischen Gesprächen ein. Leitmotiv meiner Arbeit ist dabei immer das Thema Chancengerechtigkeit. Ich möchte, dass alle jungen Menschen die Chance auf gleichberechtigte Teilhabe erhalten – egal von wo aus sie starten oder wo sie hin wollen.

Ausbildung

Deshalb nimmt Ausbildungspolitik in meiner inhaltlichen Arbeit einen wichtigen Raum ein. Hier lassen sich die Weichen für gute Zukunftsperspektiven stellen. Und diese Arbeit lohnt sich. Wir haben in dieser Wahlperiode gute und tragfähige Konzepte erarbeitet, um alle Jugendlichen auf dem Weg in ein

selbstständiges Leben zu unterstützen. Ein Meilenstein, der mich ganz besonders freut, ist unser grünes [Positionspapier](#) für eine echte Ausbildungs-garantie, an dem ich gemeinsam mit der arbeitsmarktpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion über Monate intensiv gefeilt habe.

Ausbildungsgarantie – berufliche Bildung vom Kopf auf die Füße stellen

Junge Menschen brauchen gute Zukunftsperspektiven. Das duale System der Berufsausbildung in Deutschland wird zwar zu Recht – wegen seiner Praxisnähe – immer wieder als Garant gegen Jugendarbeitslosigkeit und deshalb als internationales Vorbild gefeiert. Es ist aber nur dort gut, wo Jugendliche auch einen Platz in ihm finden. Jedes Jahr gehen auch hierzulande eine Viertelmillion Jugendliche bei ihrer Suche nach einem Ausbildungsplatz leer aus. Stattdessen landen sie in einer der unzähligen Maßnahmen am Übergang von der Schule in den Beruf, die sie dem Ziel eines anerkannten Berufsabschlusses nur selten näherbringen. Wir sind überzeugt: Jede und jeder hat die Chance auf eine gute berufliche Zukunft und ein selbstbestimmtes



Leben verdient. Das gilt natürlich ganz besonders für junge Menschen mit schlechteren Startchancen. Wie die konkreten Schritte aussehen können, damit am Übergang von der Schule in den Beruf in Zukunft garantiert niemand mehr verloren geht, könnt ihr auch in diesem [Antrag](#) nachlesen.

Ausbildungsgarantie für Geflüchtete – weil Herkunft nicht über Zukunft entscheiden darf

Über die Hälfte der Menschen, die als Geflüchtete nach Deutschland kommen, ist unter 25 Jahre alt. Auch diese jungen Menschen haben das Recht auf eine gute Berufsausbildung. Junge Geflüchtete bringen jede Menge Potenziale mit. Sie sind oft hochmotiviert, wollen lernen, arbeiten und auf eigenen Beinen stehen. Weil ich überzeugt bin, dass Integration ohne Bildung gar nicht zu denken ist, habe ich mich auch in meiner parlamentarischen Arbeit intensiv mit diesem Thema beschäftigt. Die Schritte der Bundesregierung gehen hier zu langsam und greifen zu kurz. Noch immer bestehen viele sozial- und aufenthaltsrechtliche Hürden beim Zugang zur Berufsausbildung und auch ein sicheres Bleiberecht ist nicht in Sicht. Im [Antrag Bildung und Ausbildung für junge Flüchtlinge sicherstellen](#) fordere ich die Bundesregierung deshalb auf, endlich unsinnige Beschränkungen abzubauen, damit junge Geflüchtete Zukunftsperspektiven erhalten und Betriebe



Aktion der Grünen Bundestagsfraktion mit Volker Beck und Uwe Kekeritz

ihren Fachkräftenachwuchs sichern können. Das Recht auf Bildung gilt für alle jungen Menschen – denn Herkunft darf nicht über Zukunft entscheiden. Davon profitieren am Ende alle Seiten. Ich arbeite

in Berlin unter Hochdruck an einem Konzept zur Ausbildungsgarantie für junge Geflüchtete. Wie das in der Praxis funktioniert? Mehr dazu in Kürze auf www.beate-walter-rosenheimer.de.

Über den Tellerrand schauen – Jugendarbeitslosigkeit in Europa bekämpfen

Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise haben unsere Nachbarn in Südeuropa besonders hart getroffen. Leidtragende der negativen wirtschaftlichen Entwicklung sind – wie so oft – vor allem die jungen Menschen. In Spanien oder Griechenland ist nach wie vor fast jeder zweite junge Mensch unter 24 Jahren ohne Job – ein Zustand, der mich nicht nur politisch sondern auch ganz persönlich beunruhigt. In einem solidarischen Europa darf es uns nicht egal sein, wenn eine „verlorene Generation“ heranwächst. Weil ich davon überzeugt bin, dass es auch die Aufgabe der deutschen Bundesregierung ist, eine starke Stimme für die gesamte europäische Jugend zu sein, habe ich mit einer [Kleinen Anfrage](#) kritisch nach dem Umsetzungsstand der EU-Jugendgarantie gefragt. Solidarität mit jungen Menschen bedeutet

für mich auch, dass sich Deutschland als wirtschaftlich stärkstes Land deutlich mehr engagieren muss. Wir sollten endlich beginnen, mit den Jugendlichen zu reden statt über sie. Die Zukunft Europas steht und fällt mit der Zukunft der europäischen Jugend. Ich bleibe deshalb mit meiner Arbeit an diesem wichtigen Thema dran.



Gespräch in der KZ-Gedenkstätte Dachau mit Zeitzeuge Max Mannheimer und Renate Künast

Man lernt nie aus – Weiterbildung für alle ermöglichen

Auch beim lebenslangen Lernen ist Deutschland leider nur Mittelmaß. Insbesondere Geringqualifizierte, Frauen in typischen „Frauenberufen“, Alleinerziehende und Menschen mit Einwanderungsgeschichte bleiben meist von Weiterbildung ausgeschlossen. Gerade Berufstätige stehen oft vor einem grundsätzlichen Problem: Zwischen Kita, Meeting und Haushalt finden sie weder das nötige Geld, noch

die nötige Zeit, um sich weiterzubilden. Das soll in Zukunft nicht so bleiben! Mit dem Modell der „BildungsZeit PLUS“ habe ich mit meiner Fraktion ein Modell der gerechten Förderung entwickelt, mit dem sich alle Menschen lebenslanges Lernen leisten können. Es gilt der Grundsatz: Wer weniger hat bekommt mehr und umgekehrt. Wie das gehen soll? [Hier](#) geht's zur Antwort!

JUGEND – mit den gleichen Chancen groß werden

Neben der beruflichen Bildung ist Jugendpolitik mein zweites großes Thema. Ein Gebiet, das mir viel Spaß macht. Hier kann ich drei wichtige Aspekte meines Lebens zusammenführen: Die Politikerin, die Psychologin und die Mutter von fünf Kindern. Es ist ein wichtiges Thema, denn Jugendliche sind in einer großen Umbruchphase, in der noch viele Weichen für das spätere Leben gestellt werden können. Hier ist es ganz wichtig, optimale Startchancen ins Leben zu schaffen.

So geht es auch hier ganz stark um Chancengerechtigkeit. Ich möchte, dass alle jungen Menschen die Chance auf gleichberechtigte Teilhabe erhalten – egal von wo aus sie starten oder wo sie hin wollen. Und leider ist das immer noch nicht für alle gesellschaftlichen Gruppen der Fall. Deshalb habe ich mir einige Felder vorgenommen, wo es dringenden Handlungsbedarf gibt – und wo ich etwas zum Besseren bewegen will.

Rechte stärken – von Anfang an beteiligen

In einer immer älter werdenden Gesellschaft brauchen Jugendliche eine starke Stimme und mehr Partizipationsmöglichkeiten.

Die Beteiligungsmöglichkeiten junger Menschen in Deutschland entsprechen immer noch nicht den Standards der UN-Kinderrechtskonvention und der EU-Grundrechtecharta. Dennoch hat Jugendpolitik in der Großen Koalition keine Lobby und steht auf der politischen Agenda nach wie vor weit hinten. Die Bundesregierung zeigt hier keinen gesetzgeberischen Handlungswillen, wie man auch in der Antwort auf meine schriftliche Frage erkennen kann. [Hier die komplette Antwort der Bundesregierung.](#)

Engagierte Jugendpolitik sieht anders aus. Jugendliche gestalten unsere Gesellschaft von morgen und müssen bereits heute gehört und beteiligt werden. Denn: Partizipation darf nicht nur vom Wohlwollen der verantwortlichen Akteure abhängen. Wir brauchen Angebote für echte Teilhabe in der

Fläche und müssen sicherstellen, dass es verbindliche Standards für die Qualität der Angebote und deren Umsetzung gibt. Außerdem müssen wir Rechte von Kindern und Jugendlichen bekannter machen. Deshalb habe ich zusammen mit der demografiefpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion einen Antrag vorgelegt, den ihr [hier](#) einsehen könnt.



Sitzung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Wahlalter absenken – mehr Demokratie wagen

Ein Baustein für mehr Jugendbeteiligung ist für mich zum Beispiel die Absenkung des Wahlalters – egal ob vor Ort, im Land, im Bund oder bei Europawahlen. Teilhabe ist machbar. Wir müssen nur endlich konkrete Entscheidungen treffen.

Sachverständigenkommissionen und die Förderung einzelner ausgewählter Träger durch das Bundesfamilienministerium reichen da nicht aus. Kinder- und Jugendpolitik darf keine Alibipolitik sein. Deshalb plane ich dazu einen Gesetzentwurf.

Jugendhilfe stärken – unterstützen und beteiligen

Auch in der klassischen Jugendhilfe gibt es Möglichkeiten, Kinder, Jugendliche und Eltern besser zu unterstützen. Durch mehr Teilhabe und mehr demokratische Entscheidungsprozesse.

Immer wieder werden Fälle bekannt, bei denen Eltern oder Kinder nicht mit Entscheidungen des Jugendamtes einverstanden sind, sich ausgeliefert oder willkürlich behandelt fühlen. Die Ursache hierfür liegt im System: Jugendämter beraten und entscheiden zugleich. Um dieses strukturelle Ungleichgewicht aufzulösen und die Zusammenarbeit der Jugendämter und Familien zu verbessern, wollen wir so genannte Ombudschaften fördern. Diese Stellen sollen unabhängig über Rechte und Ansprüche der Hilfesuchenden beraten.



„Konferenz der Straßenkinder“ mit Manuela Schwesig, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Wir wollen, dass es sowohl bei freien, als auch bei öffentlichen Trägern der Kinder- und Jugendhilfe einen strukturierten Umgang mit Beschwerden und Kritik gibt. Deshalb fordere ich in einem [Antrag](#),

ein Konzept für ein umfassendes, funktionsfähiges Beschwerdemanagementsystem für Kinder, Jugendliche und Eltern.

Hilfe für Kinder mit psychisch kranken Eltern ermöglichen

Es gibt Jugendliche und Kinder, die nicht im Fokus der Politik stehen, die quasi in „Nischen“ leben, selten gesehen werden, aber umso dringender unsere Unterstützung brauchen. In Deutschland leidet jedes Jahr ein Drittel der Bevölkerung an mindestens einer psychischen Störung. Völlig vergessen wird meist, dass diese Menschen oft auch Kinder haben, die als Angehörige unmittelbar von der Erkrankung der Eltern betroffen sind. Experten gehen davon aus, dass jedes vierte Kind, also ca. drei bis vier

Millionen, einen vorübergehend, wiederholt oder dauerhaft psychisch erkrankten Elternteil hat. Für sie fehlen spezielle Hilfs-, Behandlungs- und Präventionsangebote. In einem internen Fachgespräch habe ich mit Expert*innen den politischen Handlungsbedarf ausgelotet. Und hierzu wird es auf jeden Fall einen Antrag „Hilfen für Kinder psychisch kranker Eltern“ geben.

Unbegleitete Minderjährige Geflüchtete brauchen besonderen Schutz

Fast 70.000 Kinder und Jugendliche, die ohne ihre Eltern geflüchtet sind, waren Ende des vergangenen Jahres in vielen Orten in Deutschland untergebracht – mehr als je zuvor. Und besonders auch in Bayern. Seit November 2015 werden unbegleitete Minderjährige nun nach einem festen Schlüssel auf die Bundesländer verteilt. Die Entlastung der stark betroffenen Kommunen ist natürlich wichtig. Noch wichtiger ist aber, dass wir das Wohl der Kinder nicht aus den Augen verlieren. Ich hatte darum im Oktober 2014 gemeinsam mit der flüchtlingspolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion eine [Große Anfrage](#) zur Situation unbegleiteter Minderjähriger mit weit mehr als 200 Einzelfragen an die Bundesregierung

gestellt. Die [Antworten der Bundesregierung](#) waren ernüchternd und zeigten vor allem eines: Die Bundesregierung weiß nicht viel und hat auch kaum Interesse daran. Das ist erschreckend. Um junge Geflüchtete zu schützen, ist es unbedingt notwendig weiterhin den Finger in diese Wunde zu legen. Zur Absicherung des Kindeswohls bei der Verteilung und Versorgung der jungen Geflüchteten habe ich deshalb im vergangenen Oktober einen [Antrag](#) in den Bundestag eingebracht und kürzlich eine weitere [Kleine Anfrage](#) zur Praxis der Versorgung geflüchteter Minderjähriger nach Inkrafttreten des Umverteilungsgesetzes an die Bundesregierung gestellt.



Fachgespräch Bayerischer Landtag „Kinder auf der Flucht – Wohin geht die Reise für minderjährige Flüchtlinge?“



Abendveranstaltung „Ausbilden statt abschieben – Fluchtursachen bekämpfen“ in Dachau

Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Im vergangenen Jahr ist die Zahl rechtsextrem motivierter Anschläge auf Flüchtlingsunterkünfte enorm gestiegen. Auch die rechten Stimmungsmacher von AfD, PEGIDA und Co. tragen an diesem für geflüchtete Menschen gefährlichen Klima eine Mitschuld. Mir machen diese Entwicklungen große Sorge. Darum fordere ich regelmäßig mit schriftlichen Fragen von der Bundesregierung Fakten zu Anschlägen und zur Entwicklung rechtsextremer Tendenzen in

Deutschland ein und setze mich für ein weltoffenes und buntes Deutschland ein, in dem Menschen in Not jederzeit herzlich willkommen sind.

In den Fokus nehme ich ganz speziell das Thema „Jugend und Extremismus“, bei dem ich sowohl Ursachen als auch Folgen genauer unter die Lupe nehmen will. Hier besteht dringender politischer Handlungsbedarf.

Queer und bunt...

...für eine tolerante Gesellschaft

In den letzten Jahren hat sich für queeres Leben in Deutschland sehr viel verändert und verbessert. Die Gesellschaft ist ein Stück bunter geworden. Die Mehrheit der Deutschen befürwortet die Ehe für alle. Akzeptanz und Respekt – statt Ausgrenzung und Diskriminierung – sind in der Mitte der Gesellschaft angekommen.

Allerdings scheinen sich die Gegner*innen einer vielfältigen Gesellschaft in den vergangenen Monaten zunehmend erfolgreich zu organisieren. Sie formieren sich, um Bildungspläne, gleichgeschlechtliche Lebensweisen und Sexualaufklärung in Schulen zu verunglimpfen. Dabei hetzen sie gegen alle möglichen gesellschaftspolitischen Errungenschaften. Unter dem Deckmantel, besorgt um „unsere Kinder“ zu sein, stacheln sie auf und schüren ein Klima der Angst und Verunsicherung. Hier dürfen wir nicht tatenlos zuschauen. Aus diesem Grund hat die Grüne Bundestagsfraktion im vergangenen Mai einen Kongress mit dem Titel [„Wer will die Uhr zurückdrehen? Strategien gegen Antifeminismus und Homophobie.“](#) veranstaltet.

Ich habe dabei die Veranstaltung zum Thema Sexualaufklärung gestaltet und moderiert. Worum ging hier es genau?

Die Emanzipationsgegner*innen hetzen gegen Aufklärungskampagnen und fundierte Sexualaufklärung an Schulen und brandmarken diese als „Verbretchen“ an unseren Kindern. Sie vermischen Begriffe wie Gender, Sexualaufklärung, Erziehung zu Toleranz und Akzeptanz verschiedener Lebensformen



Auf dem Grünen Wagen beim CSD in München

ganz bewusst und entziehen sich dadurch jeder rationalen Diskussion über die Lösung tatsächlich existierender Probleme wie einer vielfach erhöhten Suizidrate homosexueller Jugendlicher oder Mobbing gegenüber trans*-Jugendlichen auf Schulhöfen. Beabsichtigt wird die „Rückbesinnung“ auf ein rein heteronormatives Weltbild. Es wird der ernstzunehmende Versuch unternommen, mit diesen kruden Gedanken und Argumentationsketten die Mitte der Gesellschaft zu erreichen und zu infiltrieren.

Das passt nicht zu meinem Menschenbild, hier müssen wir entschlossen dagegen sein, unsere emanzipatorischen Ziele öffentlich begründen und gewonnene Freiheiten verteidigen. Das Thema wird mich auch in den nächsten eineinhalb Jahren weiterhin begleiten.

...für Jugendliche. Jung. queer. glücklich?!

Die Situation von queeren Jugendlichen ist nach wie vor schwierig. Schimpfwörter wie „schwule Sau“, „Scheiß-Transe“ oder „lesbische Kuh“ kursieren in letzter Zeit wieder vermehrt – nicht nur auf Schulhöfen. Diskriminierungserfahrungen gehören zum Alltag der LGBT*!-Jugendlichen. In allen Lebensbereichen sind sie Ausgrenzung und verbalen, aber auch körperlichen Angriffen ausgesetzt. Selbst im Elternhaus wird ihre sexuelle Orientierung oder geschlechtliche Identität noch immer häufig tabuisiert oder abgelehnt. Das bleibt nicht ohne Folgen: Das Suizidrisiko queerer Jugendlicher ist signifikant erhöht. Das Coming Out wird als große emotionale Herausforderung empfunden.

Das Deutsche Jugendinstitut (DIJ) hat im November eine große Studie zur Lebenssituation von

lesbischen, schwulen, bisexuellen und trans*Jugendlichen und jungen Erwachsenen veröffentlicht. Auf Basis der Studie des DIJ will ich auf einer [Tagung, die wir gerade für den 18. März 2016 in Berlin](#) planen, die derzeitige gesellschaftliche Realität dieser Jugendlichen beleuchten und herausstellen, wo es politischen Handlungsbedarf gibt, um deren Situation zu verbessern.

Ich will Chancengerechtigkeit für alle Jugendlichen, unabhängig von deren geschlechtlicher oder sexueller Identität. Wir Grünen wollen weiterhin den Gegenpol zu den menschenfeindlichen Positionen, wie etwa der AfD, PEGIDA und den „Besorgten Eltern“, bilden und uns in unserer parlamentarischen Arbeit entschieden gegen die neue Welle an Homo- und Transphobie stellen.

...für Gleichstellung und Respekt weltweit:

Die Situation für lesbische, schwule, bi- und transsexuelle Menschen hat sich in Osteuropa und vor allem der [Ukraine](#) weiter verschlechtert. Um für die Menschenrechte in Kiew zu kämpfen, fand im Jahr 2015 zum vierten Mal der **KyivPride** statt. Gemeinsam mit den Münchner Grünen Stadträt*innen Lydia Dietrich und Dominik Krause, der Grünen Europa-Abgeordneten Terry Reintke und Aktivist*innen von Munich Kyiv Queer fuhr ich vom 4.-7. Juni nach Kiew, um auch dort ein Zeichen gegen Homophobie und Diskriminierung zu setzen.

Die Situation dort war äußerst angespannt, bis kurz vorher war nicht klar, ob die Demonstration wirklich stattfinden kann. Der Oberbürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, wollte den Marsch absagen, Staatspräsident Poroschenko aber sprach ein Machtwort. Leider kam es gegen Ende des Marsches tatsächlich zu rechtsextrem motivierten Hetzjagden und Übergriffen. Meinen kurzen Bericht könnt Ihr [hier](#) nachlesen.

Schon wesentlich entspannter ging es bei der Parade Równości – Demo für Akzeptanz von LGBT*! in Warschau – zu, die am 13.06.2015 stattfand. Obwohl uns im Vorfeld berichtet wurde, dass viele Lesben und Schwule nicht zur Parade gehen würden, aus Angst erkannt und stigmatisiert zu werden, nahmen sehr viel Menschen teil, zum Teil auch heterosexuelle



Familien mit ihren Kindern, um sich zu Akzeptanz und Respekt vor gleichgeschlechtlichen Lebensformen zu bekennen.

Die Parade fand unter massivem Polizeischutz statt, am Rande des Zuges gab es immer wieder kleinere Gegendemonstrationen von kirchlichen Gruppierungen und auch von Rechtsradikalen. Bis auf eine Situation, in der die Polizei uns aber sofort abschirmte, blieb der Zug ungestört und konnte seinen Weg bis zum Ende fortsetzen.

Den Schwerpunkt meiner Reise nach Warschau bildete eine Abendveranstaltung zum Thema „Antidiskriminierungsbildung in Deutschland und Polen“, zu der ich als Referentin von der Heinrich-Böll-Stiftung Polen eingeladen war. Natürlich habe ich die Gelegenheit genutzt, dort mit verschiedenen

Akteur*innen sowie Müttern von ukrainischen Lesben und Schwulen Gespräche zu führen. Denn ich bin fest davon überzeugt: Nur steter Tropfen höhlt

den Stein. Mit gebündelten Kräften können wir gemeinsam das homosexuellenfeindliche Klima in Osteuropa überwinden.

NACHHALTIGKEIT

... dafür setze ich mich ein im Parlamentarischen Beirat für Nachhaltige Entwicklung: Für die Zukunft unserer Kinder – Nachhaltiges Denken und Handeln in allen Lebenslagen

Ich will, dass unsere Kinder auch in Zukunft ein lebenswertes Leben führen können. Deshalb setze ich mich vor allem für das Thema „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ ein – eines der wichtigsten Nachhaltigkeitsinstrumente für die Zukunft. Ich will, dass nachhaltiges Denken eine Selbstverständlichkeit wird. Da gilt es auch politisch, dicke Bretter zu bohren. Obwohl wir es in der Opposition nicht immer ganz einfach haben, können wir hier Erfolge verzeichnen. Mit meiner Kleinen Anfrage an die Bundesregierung und der Antwort darauf konnte ich die Grundlage für einen interfraktionellen Antrag legen, in dem die Grüne Fraktion gemeinsam mit den Koalitionsfraktionen die Bundesregierung zum Handeln und zur Schaffung von neuen Strukturen im Bereich Bildung für nachhaltige Entwicklung aufforderte. Aktuell begleite ich nun die Umsetzung des geplanten Weltaktionsprogrammes Bildung für nachhaltige Entwicklung durch das Bundesbildungsministerium kritisch aber konstruktiv.



Althandy-Sammelaktion mit Bärbel Höhn und Peter Meiwald

KINDERKOMMISSION

Für die grüne Bundestagsfraktion bin ich Mitglied der Kinderkommission des Deutschen Bundestags. Ich kann in meiner Arbeit für Kinder und Jugendliche ganz stark an der Gestaltung für die zukünftige

Generation mitarbeiten. Das ist ein gutes Gefühl. Im November 2016 übernehme ich turnusgemäß den Vorsitz und werde mich unter anderem mit folgenden Schwerpunktthemen beschäftigen:

Psychische Erkrankungen bei Kindern und Jugendlichen werden im Alltag oft nicht wahrgenommen und trotzdem besteht Handlungsbedarf

Die Zahlen sind alarmierend: Ungefähr vier Millionen Kinder und Jugendliche in Deutschland weisen psychische Auffälligkeiten auf. Knapp 20 Prozent der unter 18-Jährigen sind betroffen.

Damit zählen seelische Erkrankungen zu den häufigsten in dieser Altersklasse (Robert-Koch-Institut Berlin).

Rechtsradikalismus frühzeitig bekämpfen – auf der Suche nach Ursachen und Lösungen

Das „Einstiegsalter“ in die rechte Szene liegt zwischen zwölf und 15 Jahren. Wo sich staatliche und zivilgesellschaftliche Jugendträger zurückziehen, nutzen Rechtsextreme ihre Chance.

Wo liegen die Ursachen für den erstarkenden Rechtsextremismus in der Jugendszene? Welche Maßnahmen können wir dagegen treffen? Wo kann frühe Prävention ansetzen?



Kinderkommission im Austausch mit Bundespräsident Joachim Gauck und Daniela Schardt.

Liebe Freundinnen und Freunde,

wie ihr seht, ist in den vergangenen zwei Jahren schon viel passiert. Es bleibt aber noch eine Menge zu tun und ich freu mich darauf. Für meine Arbeit in Berlin brauche ich allerdings auch eure Rückmeldungen und die Zusammenarbeit mit Euch. Denn ihr seid in den Gemeinden und vor Ort aktiv. In den sitzungsfreien Wochen bin ich zu all meinen Themen kreuz und quer in Bayern unterwegs und hab immer ein offenes Ohr. Von Politik im Berliner Elfenbeinturm halte ich nämlich herzlich wenig. Gemeinsam gestalten wir eine kritische, konstruktive und knallgrüne Oppositionsarbeit aus Bayern. Eure Beate

P.S.: Hier noch ein Porträt von mir auf der Seite des Deutschen Bundestags – [„Psychologin aus Bayern: Beate Walter-Rosenheimer“](#) – falls ihr nun noch nicht genug gelesen habt...